
GRÜNE LISTE

3

Mitteilungen aus der GLU über Demokratie und Umweltschutz

Januar 1979

DM 1,-

Gedanken zu einer ökologischen Wirtschaftspolitik

(Anm. d. Red.: Als vorerst letzter Beitrag
zum Komplex Ökonomie – 3. Weg)

Investitionen sind wichtig für Arbeitsplätze – aber kann ein Beleben der Investitionstätigkeit die Lösung der ökologischen Probleme sein?

Wo viel Geld zur Verfügung steht, wird auch am meisten kaputtgemacht: Autobahnen, Atomkraftwerke, Großtechnik in jeder Form.

Der Schlüssel für eine ökologisch sinnvolle Wirtschaftspolitik kann also nicht vorrangig darin liegen, viel Geld verfügbar zu machen, sondern er muß die *Richtung der Investitionen verändern*.

Dazu eine grundsätzliche Überlegung:

Wenn als ökonomisches Grundprinzip gilt, mit dem geringstmöglichen Aufwand den größtmöglichen Erfolg zu erzielen, so sind die ökologischen Systeme bestens ausgelegt. Sie erhalten sich mit einem Minimum an Energie- und Stoffaufwand. Sie an einer Stelle zu stören, bringt immer auch Veränderungen des Gesamtsystems. Und wenn die Menschen dies wollen, um für sich einen größeren Anteil vom Gesamtsystem nutzbar zu machen, so ist doch unbestreitbar, daß sie vom Funktionieren des Gesamtsystems viel stärker abhängig sind, als sie gemeinhin wissen. Die Eingriffe bringen also auch fast immer Nachteile, nicht nur für andere Glieder des Systems, sondern auch für die Menschen.

Leider wird dies für die wirtschaftlich entscheidenden und handelnden Menschen oder Menschengruppen (Unternehmer, Landwirte, Verbraucher, Behörden, Politiker usw.) nicht direkt spürbar, oft nicht einmal bewußt. Wenn eine Fabrik die Gegend mit Schwefeldioxyd, Fluor, mit Blei- und Kadmiumstaub oder Lärm belastet, so werden dadurch Menschen, Tiere und Pflanzen krank, Gebäude und Maschinen vorzeitig zerfressen, andere Nutzungsmöglichkeiten verhindert oder zerstört. Anders gesagt: Es entstehen Kosten. Und ihre Höhe übersteigt nur zu oft den Gewinn. Es lohnt aber für den, der die Kosten verursacht trotzdem, weil diese Kosten in seinen Kalkulationen nicht auftauchen. Es sind „externe Kosten“ (social costs), die auf

andere abgewälzt werden – auf Anlieger, auf die Allgemeinheit (Staat, Versicherungen) und auf die später Lebenden.

Diese externen Kosten treten auf in der Form von vorzeitigen Wiederbeschaffungskosten, verminderter Leistungsfähigkeit, Krankenbehandlungskosten, Verdienstaufschlag, vorzeitigen Rentenzahlungen, als Nutzungsausfall des beanspruchten Bodens oder der Umgebung, als Risiken. Und auch Leiden, Angst, verminderte Lebensfreude schlagen sich für den, der sie – als finanziell nicht faßbar – ignorieren möchte, letztlich doch auch in Form von verminderter Leistungsfähigkeit nieder.

These 1: Daß so viele ökologisch zerstörerische Produktionsvorgänge und Konsumgewohnheiten bestehen, liegt in erster Linie an der Unvollständigkeit der Kostenrechnungen bei den wirtschaftlich Handelnden.

Diesen Zustand festigt,

1. daß die Folgekosten erst später oder woanders auftreten,
2. daß der Beweis für die direkte Verursachung bei der Fülle möglicher Verursacher oft schwer oder unmöglich ist,
3. daß die wirtschaftliche Existenz vieler Unternehmungen dann in Frage gestellt werden müßte,
4. daß es alle so machen und
5. daß es schon immer so war.

Das letzte stimmt nur halb. Schwere ökologische Schäden durch menschliche Eingriffe gab es schon im Altertum. Wo die zerstörerische Wirkung bekannt war, gab es jedoch schon immer Gesetze, die ein solches sozialschädliches Verhalten unter Strafe stellten (z.B. Wassergesetze). Vor allem werden aber heute die Eingriffe immer bedenklicher, weil sie immer größer und weitreichender werden und immer deutlicher die natürlichen Systeme in ihren Regenerationsmöglichkeiten schädigen. Von daher stellt sich die Frage – gerade angesichts immer genauerer Kenntnis der Zusammenhänge – ob wir es uns länger leisten können und wollen, zugunsten kurzfristiger Vorteile einzelner oder aller die Lebensmöglichkeiten aller für alle Zukunft selbst zu zerstören.

These 2: Angelpunkt einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik muß sein, die wirtschaftlichen Einzel-Entscheidungen in Richtung auf Lösungen und Unternehmungen zu lenken, die die gesamten Auswirkungen berücksichtigen, anders gesagt: die externen Kosten in die Kostenrechnungen der wirtschaftlich Entscheidenden voll hineinzubringen oder auch: konsequent und vollständig das Verursacherprinzip anzuwenden.

Das kollidiert mit mächtigen Interessen: Mit den Interessen aller derer, die Nutzen aus der gegenwärtigen Situation ziehen. Und das sind außer den vielen Unternehmen auch wir alle als Verbraucher. (Wobei wir in dieser Rolle allerdings durch Vorentscheidungen der Unternehmen gelenkt werden.)

Die Einführung des vollständigen Verursacherprinzips ist übrigens nicht eine Entscheidung für die eine oder die andere Wirtschaftsform und berührt die Frage der sozialen Gerechtigkeit zunächst einmal nur insofern, als die Ungerechtigkeit einer Ausbeutung der Erde durch die heute Lebenden auf Kosten wehrloser zukünftiger Generationen als besonders krasse Form der Ungerechtigkeit damit angegriffen wird. Sowohl die kapitalistischen als auch die sozialistischen Staaten arbeiten mit unvollständigen Kostenrechnungen – kurzfristige Erfolge auf Kosten langfristiger Schäden dienen immer auch dem Machterwerb und der Machterhaltung.

Dieser entmutigende Aspekt ist aber zu ergänzen durch Aufzählung der Kräfte, die die notwendige Umstellung begünstigen:

1) alle, die einen gesunden Lebenswillen haben und die letzte Sinnggebung ihres Lebens in einem Weiterwirken in die Zukunft hinein sehen (und das ist nach wie vor einer der mächtigsten Antrieb überhaupt — nicht nur für Einzelmenschen, sondern sehr wohl auch für große Organisationen!)

2) alle, die aus dieser Umstellung auch praktischen Nutzen für sich selbst ziehen können — sei es finanziell, sei es als Zuwachs an Lebensfreude (und das sind sehr viele, denn auf ökologisch verträgliche Technologien umzustellen, bedeutet eine gewaltige Herausforderung an alle menschlichen Fähigkeiten, die eigentlich fällige Innovation).

Es geht nicht darum, jedes wirtschaftliche Handeln in Frage zu stellen, sondern um neue Maßstäbe der Entscheidung. Es geht nicht darum, jeglicher Technik den Kampf anzusagen, sondern um die Entwicklung einer ökologischen, menschenfreundlichen Technik. Nur sie allein kann beanspruchen, Fortschritt zu sein.

Wenn es gelingt, vor jeder wirtschaftlichen Entscheidung vollständige Kostenabwägungen zu erreichen — wie stünde es da z.B. um die Abwägung bezüglich der Energieversorgung:

Wenn etwa der Nutzung der Atomenergie nicht nur ihre eigenen internen Kostenrechnungen zugrundegelegt würden (die z.B. hoffentlich auch Daten enthalten über zusätzliche Stromtransportverluste und zusätzliche Reservekapazitäten durch große Kraftwerksblöcke, mit Verknappung steigende Uranpreise, vorzeitigen Verschleiß der Anlagen durch Versprödung der Metallteile, extrem personalintensive Reparaturen, lange Reparaturzeiten usw.), sondern auch all die externen Kosten wie staatliche Investitionen für Forschung, Lagerstätten-Exploration, neu zu schaffende Behörden, neu auszubildende Richter, zusätzlichen Polizeiaufwand, dauernden Nutzungsausfall der benötigten Gelände auch weit über die Betriebsdauer hinaus, Nutzungsausfall eventuell verseuchter Landstriche, Flüsse, Meere auf lange Zeiten, gesundheitliche und genetische Schäden, z.T. erst lange später und über Generationen hinweg, Kosten für Atommüll, Risiken von Störfällen, Einschränkung von an sich verbrieften Bürgerrechten aus Angst vor Störfällen, psychosomatische Störungen von sich bedroht und ohnmächtig fühlenden Menschen ... und ... und ... und ...

Wenn dann Gegenrechnungen aufgemacht würden — nein, nicht nur für Kohlekraftwerke (die auf lange Sicht ökologisch ebensowenig zu verkraften sind und gegenüber den Atomkraftwerken lediglich den Vorteil haben, daß nach ihrer — vorausgesetzt: rechtzeitigen — Abschaffung keine weiterwirkenden Risiken mehr bestünden), sondern für z.B. dezentrale Nutzung von Sonnenenergie. Da würden dann nicht nur die (vielleicht) höheren Investitionskosten der Anlagen zu Buche schlagen, sondern auch und vor allem der Wegfall der vielen sonst verdeckten, vergessenen, verdrängten, abgewälzten Kosten. Wie leicht fielen dann wohl die ökologisch sinnvollen Produktionsentscheidungen!

Aber, um zum Ausgangspunkt zurückzukehren:

Erst wenn es gelingt, durch Anwendung des vollständigen Verursacherprinzips in Form von Ausgleichsabgaben, Sondersteuern, Verschmutzungszertifikaten usw. die Investitionen in eine sinnvolle Richtung zu lenken, ist es auch im Sinne einer ökologischen Politik wünschenswert, Investitionen in größerem Umfang anzuregen. Solange sie nur nach dem Prinzip der kurzfristigen Gewinnmitnahme

laufen, ist es besser, sie unterbleiben!

Was für **Konsequenzen** ergeben sich für eine **ökologisch orientierte Politik**?

1. Abschätzungen aller Folgewirkungen für die verschiedenen wirtschaftlichen Bereiche, Produktionsarten, -verfahren, -zweige. (Das ist Forschungsarbeit, mit der Tausende von Dissertationen und Habilitationen bestritten werden könnten.)

2. Überlegungen, auf welche Weise am besten Schritt für Schritt Steuerungsmaßnahmen eingesetzt werden können (Katalog möglicher Maßnahmen und ihrer Wirkungen).

3. Abschätzen der Störfaktoren, die z.B. durch internationale Verflechtung und Wettbewerb entstehen und Suche nach Abwehrstrategien (internationale Sanktionen gegen Umweltzerstörung – oder Tendenz zu mehr Autarkie, um vernünftige Entscheidungen zumindest im eigenen Hoheitsgebiet durchzusetzen? Verschiedene Kombinationen der beiden Möglichkeiten? Möglichkeiten und Grenzen europäischer Lösungen?)

Das müßte in einem Programm einer grünen Partei sein. Und wenn die etablierten Parteien davor Angst haben und sich deshalb endlich doch noch dazu bequemen sollten, Lernfähigkeit zu zeigen – bitte schön!

Richard Goedeln